

Ressort: Politik

Union und SPD streiten über Mietpreisbremse

Berlin, 06.02.2015, 18:00 Uhr

GDN - Das SPD-geführte Bundesjustizministerium und die Unionsfraktion streiten über die Mietpreisbremse. Eigentlich hat der Gesetzentwurf, mit dem die Koalition die Verteuerung von Mietwohnungen in beliebten Gegenden stoppen will, schon das Kabinett passiert, wie der "Spiegel" berichtet.

Nun fordert der Unions-Parlamentarier Mittelstand um CDU-Mann Christian von Stetten, im Entwurf noch zwingende Regeln für die Mietspiegel aufzunehmen, in denen die ortsüblichen Vergleichsmieten ausgewiesen werden. "Man kann keine Mietpreisbremse verhängen, ohne den Mietparteien Klarheit zu geben, wie hoch die örtlichen Mieten sind", sagte von Stetten. "Zumindest sollte eine Übergangsfrist vorgesehen werden, innerhalb derer die Kommunen Mietpreisspiegel einführen müssen." Doch das von Heiko Maas (SPD) geführte Justizministerium lehnt es ab, den fertigen Entwurf aufzuschnüren: "Er ist vom Kabinett beschlossen worden, und es gab eine politische Einigung mit den Fraktionsvorsitzenden, insofern sehen wir keinen Änderungsbedarf", so ein Sprecher des Ministers.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-49305/union-und-spd-streiten-ueber-mietpreisbremse.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619